

Inhaltsverzeichnis Heft 38

Vorwort	(Michael Doppke)
Hauptschule 2001: Konsolidierung durch Vielfalt	(Josef Kraus)
Pressemitteilung zum Thema Hauptschule	
Pressemitteilung zum Thema Hauptschule	
Protestaktion Schulleiterverband 2001 Schulleiterwald	
Rede der Ministerin zur Protestaktion Schulleiterwald	
Stellungnahme des slvsh zur Einrichtung und Wartung von Schulnetzwerken	
Forderung des slvsh für den Gemeinsamen Unterricht (GU)	
von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen in der Regelschule	
Schule von morgen: Ist die Aufgabenverteilung zwischen Schulträger und Land noch zeitgemäß	(Michael Doppke)
Hurra - die Arbeit am Schulprogramm lohnt sich doch!	(Klaus-Ingo Marquardt)
Fortbildung: Ermutigung in Schule und Ausbildung	(Dr. Beate Grabbe)
Von der Vision zur Präsentation	(Magda Sorour)
Die letzte...? – Das Letzte	(Klaus Gräbener)
Das Allerletzte!	(Walter Rossow)

Vorwort

von Michael Doppke

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Mitgliederversammlung des VSRS (....) hat am 20.06. seinen Vorstand damit beauftragt, einen Zusammenschluss mit dem slvsh anzugehen, was unsere Mitgliederversammlung ja schon im letzten Jahr getan hat. Die Vorstände werden nach den Ferien die nötigen Schritte einleiten und klären, wann und wie dieser Auftrag der Mitglieder umgesetzt wird. Denn mit einer Vereinigung sind natürlich Veränderungen verbunden. Es ist u.a. erforderlich, die bestehenden Strukturen zu überprüfen und an die veränderten Erfordernisse anzupassen. Inhaltliche, organisatorische und auch personelle Konsequenzen sind zu erörtern. Wenn wir in Zukunft unter einem Dach mit noch mehr Erfolg für die Interessen der Schulleitungen arbeiten wollen, brauchen wir eine gemeinsame Strategie für unsere Arbeit. Wir werden deshalb voraussichtlich Ende November zu einer Arbeitstagung einladen, auf der wir unter professioneller Moderation die Weichen für die nächsten Jahre stellen werden. Ich hoffe, dass sich bis dahin noch mehr finden werden, die bereit sind, die Zukunft des slvsh mit zu gestalten und auch Verantwortung zu übernehmen. Die Bedeutung unserer Interessenvertretung wird durch die angestrebte Verbindung weiter wachsen. Wenn wir auf so breiter Basis wie bis jetzt die Schulleitungen Schleswig - Holsteins vertreten wollen, braucht der Vorstand noch mehr Unterstützung von den Mitgliedern. Überlegen Sie also, wie Sie dazu beitragen könnten, den slvsh noch kompetenter und schlagkräftiger zu machen! Wahrscheinlich geht es Ihnen zur Zeit genauso wie mir? Am Ende des Schuljahres gibt es eine Verdichtung in der Arbeit, die kaum noch zu bewältigen ist. Aufgaben und Termine häufen sich: Personalplanung, Prüfungen, Zeugnisvorbereitungen, Projektstage, Sportfeste, Schulfeste, Abschlussfeiern, Klassenfahrten usw. Jedes Jahr nehmen wir uns gemeinsam im Kollegium vor, diesen Zeitraum stressfreier zu gestalten, aber nie gelingt es uns. So bleibt mir nichts anderes übrig, als - wie jedes Jahr - ziemlich ausgelaugt die Ferien herbeizunutzen. Ich hoffe, Sie können die kommende "unterrichtsfreie Zeit" weitgehend ohne Stress genießen und wünsche Ihnen einen schönen Urlaub

Ihr

Michael Dopcke

Hauptschule 2001: Konsolidierung durch Vielfalt

- Zweiter bundesweiter Hauptschulpreis -
- Josef Kraus -

Die Hauptschule in Deutschland ist kein monolithischer Block, ebenso wenig wie es "das" Gymnasium oder "die" Realschule noch gibt. Hauptschule 2001 - das ist deutschlandweit in mehr als 7.000 Hauptschulen bzw. Schulen mit Hauptschulzweig vor allem breite Vielfalt. Solche Vielfalt ist Ausdruck des Lebendigen, sie gehorcht aber zugleich der Not der Hauptschulen, sich an unterschiedlichste politische Vorgaben und an eine äußerst heterogene Schülerklientel anpassen zu müssen.

Allem dümmlichen Gerede von der "Restschule" zum Trotz hat sich die Hauptschule dennoch konsolidiert. Vor allem hat sich der Anteil der Hauptschule bzw. der Hauptschulzweige teilintegrierter Schulformen an allen Schülern bundesweit stabilisiert. Er liegt in den alten Ländern - gemessen in der 8.Klasse - seit Anfang der 90er Jahre recht konstant bei 32 Prozent, in den neuen Ländern bei zehn bis 15 Prozent.

Auch empirische Untersuchungen rücken das bislang schiefe Bild von Hauptschule zurecht. Das gilt für die "Third International Mathematics and Science Study" (TIMSS) ebenso wie für die Studie "Bildungsverläufe und psychosoziale Entwicklung bei Jugendlichen" (BIJU). Die Hauptschulen schneiden hier gleich gut ab wie die Gesamtschulen, wiewohl letztere aufgrund einer um 30 Prozent besseren Personal- und Sachausstattung erhebliche Konkurrenzvorteile haben.

Die Reformer haben die Nase vorn

Die Konsolidierung der Hauptschulen spiegelt sich auch in der Schulpolitik mehrerer Bundesländer wider. Selbst Rheinland-Pfalz, das in den 90er Jahren aufgebrochen war, Hauptschulen und Realschulen zu Regionalschulen zusammenzulegen, bringt nach den Wahlen vom März 2001 ein Aktionsprogramm pro Hauptschule auf den Weg. Die für die Hauptschule aufgeschlossenen Länder sind zwar in der Minderzahl, hinsichtlich ihres Anteils an Deutschland haben sie aber mit mehr als der Hälfte die Nase vorn.

Baden-Württemberg, das unter Vierzehnjährigen einen Hauptschulanteil von 38 Prozent hat, entwickelte im Herbst 2000 das Konzept "Impuls Hauptschule". Mit dessen Hilfe soll die Ausbildungsfähigkeit der Schüler verbessert werden.

Außerdem wird der Praxisbezug der Hauptschulbildung intensiviert und bei der Abschlussprüfung ein Praxisteil mit Projektprüfungen eingeführt.

Bayern hat bei einem 40-prozentigen Hauptschüleranteil unter Vierzehnjährigen ebenfalls im Jahr 2000 die Weichen in Richtung einer Ausdifferenzierung der Hauptschule gestellt. Es gibt nunmehr neben der freiwilligen zehnten Klasse (F10) für besonders Leistungsfähige ab der 7. Jahrgangsstufe die so genannten M-Züge (M für "mittlere Reife"). Außerdem wurden für Schwächere "Praxisklassen" eingeführt.

Hessen ist seit dem Regierungswechsel von 1999 besonders aktiv. Der Anti-Hauptschulpolitik der rot-grünen Vorgänger setzt die neue Koalition nunmehr eigenständige Lehrpläne und Studentafeln sowie eine einheitliche Abschlussprüfung für die Hauptschulen entgegen. Im Jahr 2001 werden erstmals Projektprüfungen veranstaltet. Hessen verzeichnet im aktuellen Schuljahr sogar ein Plus an Hauptschülern; ihre Zahl erhöhte sich aufgrund einer neuen QuerVersetzungsordnung um mehr als 2.000. Der Hauptschüleranteil hebt sich damit leicht über die bisherigen 20 Prozent.

Nordrhein-Westfalen schließlich galt weithin nicht als Hauptschulland. Dieses Urteil war nie zutreffend. Hauptschule hat in NRW - als einzige Schulform

übrigens - eine Verfassungsgarantie (Landesverfassung Artikel 12). Nachdem sich die NRW-Kultusministerin Gabriele Behler Ende der 90er Jahre auch schon einmal bereit erklärte, für ihre immerhin 750 Hauptschulen zu "trommeln", verabschiedete der Landtag im Jahr 2000 ein Programm, demzufolge an den Hauptschulen die Basiskompetenzen verbessert und die Kooperation mit Arbeitsamt, Wirtschaft sowie Jugendhilfe ausgebaut werden soll.

Hauptschulpreis 2001

Politik hin, Politik her: In mindestens gleichen Maße ist entscheidend, wie Hauptschule öffentlich und vor Ort "dasteht". Einen wichtigen Beitrag zur Image-Aufwertung der Hauptschulen leistet hierfür seit 1997 die von 28 Organisationen - darunter Verbände der Eltern, der Lehrer und der Wirtschaft - getragene "Initiative Hauptschule e.V.". Diese wartete nun mit ihrem zweiten bundesweiten Hauptschulpreis auf. Mit Finanzierung durch die Gemeinnützige Hertie-Stiftung und einem Gesamtpreisgeld von über 120.000 Mark wurden Hauptschulen prämiert, denen es in überzeugender Weise gelang, die - so das Motto des Preises 2001 - "Erziehung zur Eigenverantwortung" zu fördern und damit ein Leben vorzubereiten "frei von Abhängigkeiten und frei von Gewalt".

Vergeben wurden unter knapp hundert Bewerbern neben 33 Hauptpreisen auch drei Sonderpreise der Arbeitsgemeinschaft Gesundheit und Umwelt e.V. für gelungene Projekte der Umwelt- und Gesundheitserziehung. Die Dotierungen lagen zwischen 2.500 und 15.000 Mark. Die Bewerbungen kamen aus 12 Bundesländern, darunter aus zwei der neuen Länder und aus dem ehemaligen Berlin-Ost. Das Gros der Bewerbungen stellten die Länder Baden-Württemberg (20 Bewerbungen), Bayern (21) und Nordrhein-Westfalen (20).

Die Preisverleihung Ende Mai 2001 in Berlin wurde zu einem stolzen Tag für die Hauptschule. Nach Roman Herzog im März 1999 war diesmal Johannes Rau dabei. Die Hauptschulen konnten damit vor aller Öffentlichkeit demonstrieren, dass sie tüchtige Schulen sind. Auch Rau wollte mit seinem Mitwirken bewusst ein Signal zugunsten der Hauptschule setzen.

Den ersten Preis in Höhe von 15.000 Mark errang die Hauptschule Taufkirchen in Oberbayern. Der Sieger hat sich vor allem der Vermittlung von

"Lebenskompetenz" verschrieben. Die Schule bildet unter anderem Streitschlichter (Mediatoren) aus, sie kooperiert mit dem Sucht- und Jugendforum der Kommune, sie schickt ihre Achtklässler für ein paar Tage in ein Selbstversorgerhaus; und sie leistet in Zusammenarbeit mit der örtlichen Fachklinik und mit ehemaligen Drogenabhängigen Prävention gegen Süchte, etwa im Rahmen der Projektwoche "Suchtlos glücklich".

Den zweiten Hauptpreis in Höhe von 10.000 Mark erzielte die Heinrich-Ferdinand-Eckert-Oberschule Berlin. Das ist eine Schule, die sich - wiewohl "Oberschule" - als Hauptschule versteht. Diese Schule präsentierte sich mit einem Drei-Säulen-Schulprogramm. Dazu gehören die praktische Ausbildung der Schüler bei der Gestaltung der Schulgebäude und des Pausenhofes; die eigenständige Leitung der Schulcafeteria durch die Schüler selbst; die musikalische Gestaltung vor allem auch von außerschulischen Veranstaltungen. Die Jury war hier der Auffassung, dass diese Arbeit, die zumal in einem schwierigen Großstadtumfeld stattfindet, in besonderer Weise geeignet ist, Eigenverantwortung zu fördern.

Der dritte Hauptpreis in Höhe von 5.000 Mark ging an die Ganztags-Hauptschule Aachen für ihr Projekt "Jugendliche powern - ohne Gewalt". Dazu gehört die Arbeit von Streitschlichtern, die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, und dazu gehört die "Tu was GmbH"; das ist eine Schülerfirma, in deren Rahmen die Schüler das Arbeitsleben (bis hin zu eigenen Maurerarbeiten) eigenständig erkunden.

Je einen Sonderpreis erhielten: die Volksschule Hirschau (Bayern), die nach früheren Projekten (z.B. Bau einer Elektrotankstelle) jetzt mit dem Bau und der Eröffnung einer eigenen Tankstelle Aufsehen erregte, in der Rapsöl aus regionalem Anbau vertrieben wird; die Heinz-Sielmann-Schule in Oerlinghausen (NRW), die mit besonderen Projekten gegen die Entfremdung der Jugend von der Natur anging, zum Beispiel mittels Erkundungen auf Bauernhöfen, Bodenproben, eigener Herstellung von Naturkosmetikprodukten und Brot; ferner

die Volksschule Pfaffing (Bayern), die mit vielerlei kreativen Projekten eine ganzheitliche Gesundheitserziehung fördert.

Die Politik bleibt gefordert

Tue Gutes und rede darüber! Unter diesem Motto stehen wohl alle Schulwettbewerbe. Gerade im Fall der Hauptschule ist es auch tatsächlich wichtig, dass sie von sich reden macht. Darüber hinaus aber bleibt die Politik gefordert, einen günstigeren Rahmen für Hauptschulen zu schaffen. Das heißt erstens: Voraussetzung für eine Stärkung der Hauptschule ist das politische Bekenntnis zur Hauptschule als Schulform mit eigenem Profil, mit eigenen Bildungszielen und Lehrplänen, mit eigener Methodik, mit spezifischer Lehrerausbildung, mit eigenen Abschlussprüfungen.

Zweitens ist es wichtig, dass alle Schüler der Hauptschule sichere Grundfertigkeiten erwerben. Diese Kernbereiche müssen ausgeweitet werden: durch Aufwertung von Deutsch und Mathematik in der Stundentafel sowie durch einen Unterricht, der nicht abstrakt-theoretisch, sondern konkret-anschaulich und praxisorientiert vorgeht.

Das große Plus der Hauptschule ist drittens ihr arbeitswelt- und berufsbezogenes Profil. Dieses ist auszubauen durch eine intensive Zusammenarbeit mit Betrieben und berufsbildenden Schulen, durch kontinuierliche Förderung einer breit angelegten ökonomischen Bildung und durch unterrichtlich begleitete Praktika ab Klasse 8.

Hauptschulen müssen angesichts der Heterogenität der Schülerschaft - viertens - die individuellen Förderbedürfnisse der Schüler besonders berücksichtigen: durch Praxisklassen und eine Individualisierung der Bildungsdauer, durch Weiterqualifizierung stärkerer Schüler, durch eine verstärkte Lehrerzuweisung, damit der spezifischen Arbeit in der Hauptschule (z. B. der Integration von Migranten) stärker entsprochen werden kann.

Fünftens muss die Beratung der Eltern von Grundschulkindern verstärkt werden. Im Interesse ihrer Kinder müssen die Eltern am Ende der Grundschulzeit ausführlich über die Hauptschulstandorte, über die dortige Ausbildung sowie über die Perspektiven für gut ausgebildete Hauptschüler informiert werden. Die Empfehlung der Grundschule für den Übergang auf weiterführende Schulen sollte - auch in Achtung des Elternrechts - eine größere Verbindlichkeit erhalten. Es hat wenig Sinn, hauptschulgeeignete Kinder über Jahre auf einer anderen Schulform zu halten und damit eine Misserfolgsspirale entstehen zu lassen.

Hauptschulen stehen und fallen - sechstens - mit der Qualität ihrer Schulleitung und ihrer Lehrerschaft. Angesichts der erschwerten Verhältnisse in der Hauptschule sind hier höhere Aufwendungen notwendig; diese sollten kleinere Klassen und eine besondere sozialpädagogische Betreuung möglich machen. Nicht zuletzt zur Sicherung des Lehrernachwuchses muss die Attraktivität des Hauptschullehramtes durch Leistungsanreize sowie durch vertretbare Arbeitszeitregelungen verbessert werden.

Und siebtens: Ganztagsangebote müssen gerade an Hauptschulen - vordringlich in sozialen Brennpunktgebieten - ausgebaut werden, denn diese bieten die Chance, die erzieherische Arbeit der Schule zu fördern. Der Ausbau eines Ganztagsangebotes wird zudem die Attraktivität der Hauptschule bei den Eltern erhöhen können. An der Hauptschule führt kein Weg vorbei. Die Existenz der Hauptschule hat vor allem einen pädagogischen Grund: Es gibt einen Anteil von 20 bis 30 Prozent eines Geburtsjahrganges, für den die Pädagogik der Hauptschule die optimale Förderung darstellt. Für viele Schüler ist die Hauptschule oft auch die einzige Hoffnung auf einen Schulabschluss.

An der Hauptschule führt also kein Weg vorbei

An ihr entscheidet sich auch die Zukunft des Gymnasiums und der Realschule. Maßgeblichen Anteil hat die Hauptschule zudem an der Stabilität der beruflichen Bildung; schließlich rekrutiert etwa der gewerbliche Bereich zumindest in den "alten" Ländern das Gros seiner Bewerber aus der Hauptschule. Daran hat sich auch im Jahr 2001 nichts geändert.

Pressemitteilung zum Thema "Hauptschulen"

- 14. Mai 2001 - Ute Erdsiek-Rave eröffnet 1. Hauptschultag -

Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler verbessern

Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler verbessern "Die Landesregierung legt einen deutlichen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Deswegen betonen wir mit unserer Qualitätsoffensive das Ziel, den Schülerinnen und Schülern in der Schulzeit Erfolge zu vermitteln und auf diesem Wege auch die Persönlichkeitsentwicklung zu stärken," sagte Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave heute (14. Mai) anlässlich des 1. Hauptschultages in Kiel. Zu viele Jugendliche verließen die Hauptschule ohne Abschluss, so die Ministerin weiter. Diesen Jugendlichen bereite es große Schwierigkeiten, sich in den Arbeitsprozess zu integrieren. Ute Erdsiek-Rave: "Wir müssen mit einer strukturierten und individuellen Förderung darauf hinwirken, dass Schulentlassungen vor dem 9. Schuljahr nach Möglichkeit vermieden werden." An mehreren Hauptschulen in Schleswig-Holstein werde bereits die Flexibilisierung der Ausgangsphase erprobt. Damit wird den langsamer lernenden Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben, den Lernstoff der beiden letzten Schuljahre über drei Jahre verteilt aufzunehmen. Die Verringerung des Lerntempos wird den individuellen Fähigkeiten gerecht, macht den Hauptschulabschluss möglich und erhöht so die Chancen für einen Einstieg in das Arbeitsleben. Für einen Abschluss in der 9. Klasse haben verschiedene Hauptschulen schon Modelle entwickelt, die bei Eltern und Schülern auf Zustimmung stoßen. Diese haben den Charakter von Abschlussprüfungen, in der Schülerinnen und Schüler in Abschlussarbeiten und -gesprächen sowie durch die Darstellung von Projektergebnissen Gelegenheit erhalten, ihr individuelles Können zu zeigen.

Ute Erdsiek-Rave: "Ich beabsichtige aber nicht, offizielle Abschlussprüfungen für die Hauptschule "von oben" einzuführen. Ich fordere aber alle Hauptschulen im Lande auf, in den nächsten beiden Jahren den Abschluss des 9. Schuljahres neu zu gestalten. In diesem Zusammenhang sollen die geltenden Vorgaben für das Abschlusszeugnis zu Gunsten einer flexibleren Handhabung verändert werden."

Verantwortlich für diesen Presstext:

Gert Haack, Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur,
Brunswiker Straße 16-22, 24105 Kiel, Tel: 0431/988-58055815

Pressemitteilung zum Thema "Hauptschulen"

- 14. Mai 2001 - Ute Erdsiek-Rave eröffnet 1. Hauptschultag -

Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler verbessern

"Die Landesregierung legt einen deutlichen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Hauptschülerinnen und Hauptschüler. Deswegen betonen wir mit unserer Qualitätsoffensive das Ziel, den Jugendlichen in der Schulzeit Erfolge beim Erwerb von Fachkompetenz und durch verstärkte Berufsorientierung zu vermitteln und auf diesem Wege auch die Persönlichkeitsentwicklung zu stärken," sagte Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave heute (30. Mai) im Landtag. Mit der Entwicklung von Qualitätsstandards für die

Fächer Deutsch und Mathematik sei ein effektives Förderinstrument entwickelt worden, das den Hauptschulen mit Beginn des nächsten Schuljahres zur Verfügung steht. Ziel sei es, die fachlichen Schwerpunkte herauszuarbeiten, ohne die anderen Ziele des Lehrplanes zu vernachlässigen. Jugendlichen, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, bereite es große Schwierigkeiten, sich in den Arbeitsprozess zu integrieren, so die Ministerin weiter. "Wir müssen daher mit einer strukturierten und individuellen Förderung darauf hinwirken, dass Schulentlassungen vor dem 9. Schuljahr nach Möglichkeit vermieden werden." An mehreren Hauptschulen in Schleswig-Holstein werde dazu eine Flexibilisierung der Ausgangsphase erprobt. Damit werde den langsamer lernenden Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben, den Lernstoff der beiden letzten Schuljahre über drei Jahre verteilt aufzunehmen. Die Verringerung des Lerntempos wird den individuellen Fähigkeiten gerecht, macht den Hauptschulabschluss möglich und erhöht so die Chancen für einen Einstieg in das Arbeitsleben. Für einen Abschluss in der 9. Klasse haben verschiedene Hauptschulen schon Modelle entwickelt, die bei Eltern und Schülern Zustimmung finden. Diese haben den Charakter von Abschlussprüfungen, in der Schülerinnen und Schüler in Abschlussarbeiten und -gesprächen sowie durch die Darstellung von Projektergebnissen Gelegenheit erhalten, ihr individuelles Können zu zeigen. Die Schulen sind aufgefordert, in den kommenden zwei Jahren den Abschluss des 9. Schuljahres entsprechend neu zu gestalten und zur Sicherung der Qualität regional abzustimmen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Gert Haack, Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur,
Brunswiker Straße 16-22, 24105 Kiel, Tel: 0431/988-5805, Fax: 0431/988-5815
E-Mail: Gert.Haack@kumi.landsh.de

slvsh - aktuell

**Landesverband Schleswig-Holstein im Bund deutscher Baumschulen
BdB e.V.**

**Schulleiterverband
Schleswig-Holstein e.V.**

An die Redaktion der . . . !

ACHTUNG - Änderung Zeit und Ort - ACHTUNG !

Protestaktion des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein - unterstützt vom Landesverband der Baumschuler Schulleiterwald für die Kultusministerin

Sehr geehrte Damen und Herren, in den kommenden vier bis fünf Jahren werden ca. 500 Schulleiterstellen neu zu be-setzen sein. Schon jetzt sind selbst für attraktive Schulleiterstellen kaum Bewerber zu finden. Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (slvsh) weist seit 1992 auf diese Misere hin. Dennoch haben sich die Rahmenbedingungen für Schulleitungen in den letzten zehn Jahren stetig verschlechtert! Zusammen mit den derzeit ca. 2000 fehl-enden Lehrerstellen stellt dies die Qualitätssicherung des Bildungsangebots grundlegend infrage.

Am **"Tag des Baumes"** werden der Landesverband Schleswig-Holstein im Bund deutscher Baumschulen (BdB) zusammen mit dem Schulleiterverband Schleswig-Holstein (slvsh) der Kultusministerin, Frau Ute Erdsiek-Rave, 500 Gehölze als Symbol überreichen. Anlässlich dieser Aktion möchten wir Sie gerne über die Situation der Schulleitung in Schleswig-Holstein und unsere Forderungen informieren, und zwar am

Mittwoch, 25. April 2001, um 15 Uhr

vor / in der Grundschule Wattenbek Schulstrasse 6, 24582 Wattenbek

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns in unserem Bemühen, in diesem für unsere Gesellschaft wichtigen Bereich aufzuklären, durch eine Berichterstattung unterstützen.

Mit freundlichem Gruß .

gez. Michael Doppke gez

Dr. Frank Schoppa

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Protestaktion des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein unterstützt vom Landesverband der Baumschuler

Schulleiterwald für die Kultusministerin

Zur besseren Lesbarkeit wird im folgenden Text für die benannten Funktionsstellen nur die männliche Form verwandt. Selbstverständlich sind generell beide Geschlechter gemeint.

Gemeinsam mit dem Landesverband Schleswig-Holstein im Bund deutscher Baumschulen (BdB) überreicht der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (slvsh) der Kultusministerin, Frau Ute Erdsiek-Rave, am 25. April 2001 um 15.00 Uhr vor der Grundschule Wattenbek, Schulstrasse 6, 24582 Wattenbek 500 Wildgehölze im Wert von ca. 1.500,-- DM. Jede der von der Rellinger Baumschule Reinke gestifteten Gehölze symbolisiert eine der in den kommenden vier bis fünf Jahren neu zu besetzenden Schulleiterstellen. Schon jetzt sind selbst für attraktive Schulleiterstellen kaum Bewerber zu finden. Michael Doppke, Vorsitzender des slvsh: "Um aus diesen Pflanzen einen stattlichen Wald werden zu lassen, müssen diese nicht nur gehegt und gepflegt werden, sondern auch einen fruchtbaren Boden vorfinden. Wir erwarten von der Ministerin, dass sie in gleicher Weise ihr Personal auf Führungsaufgaben vorbereitet und zeitgemäße Rahmenbedingungen schafft." "Die meisten Baumschulinhaber sind selbst auch Eltern. Sie wissen als Eltern und Chefs um die Bedeutung einer guten schulischen Ausbildung für die berufliche Qualifikation. Deshalb haben wir uns sofort bereit erklärt, diese Aktion des slvsh mit einer Sachspende zu unterstützen," sagt der Geschäftsführer des Landesverbandes der Baumschulen in Schleswig-Holstein, Herr Dr. Frank Schoppa. "Gute Schulleitungen tragen entscheidend zur Qualität der Schulen bei, die für die Zukunft unserer Branche und der gesamten Volkswirtschaft auch im internationalen Wettbewerb von elementarer Bedeutung ist!" Seit seiner Gründung weist der slvsh auf die drohende Misere hin. Schon Ende März / Anfang April 1992 haben die Medien auf Initiative des slvsh in großen Schlagzeilen darüber berichtet. Weder die damalige Ministerin Frau Tidick noch ihre Nachfolgerinnen haben dieses Problem ernst genommen und versäumt, seitdem entscheidende Schritte einzuleiten. Im Gegenteil: Die Rahmenbedingungen für Schulleitungen haben sich in den letzten zehn Jahren stetig verschlechtert! Dieses trifft in besonderem Maße auch für die Stellvertreter zu, deren Positionen ebenso wie die frei werdenden Schulleiterstellen neu besetzt werden müssen. Zusammen mit den ca. 2000 fehlenden Lehrkräften ist das eine Situation, die jetzt nur noch mit einem ungeheuren und sehr teuren Kraftakt zu bewältigen sein wird. Gute Schulleitung gewinnt bei der zu erwartenden hohen Anzahl an Quer-, Seiten- und Wiedereinsteigern noch mehr an Bedeutung. Es gilt gleichzeitig die Qualität des Bildungsangebots vor Ort sicher zu stellen und gezielte Personalentwicklung zu betreiben. Dazu brauchen wir umgehend Anreize, damit potentielle Bewerberinnen und Bewerber in Führungspositionen wechseln, und zwar · eine qualifizierte Ausbildung vor Übernahme eines Führungsamtes, · entscheidend mehr Leitungszeit für Schulleiter und Stellvertreter, · eine der Bedeutung des Amtes entsprechende Besoldung. Ab 15.15 Uhr stehen Ihnen die Initiatoren dieser Aktion zu einem Pressegespräch in der Grundschule Wattenbek zur Verfügung.

Rede der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Ute Erdsiek-Rave

*- anlässlich der "Aktion Schleswig-Holsteinischer Schulleiterwald"
am 25.04. - 15.00 Uhr in Wattenbek -*

Sehr geehrter Herr Doppke,
sehr geehrter Herr Dr. Schoppa,
sehr geehrter Herr Verbandsvorsteher Baasch,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Schülerinnen und Schüler,

auf meiner gerade abgeschlossenen Reise in die USA und den intensiven Gesprächen mit Universitäten an der Ostküste des Landes habe ich etwas gelernt, was ich gleich heute in Wattenbek anwenden will. Wenn etwas gelingen soll, dann müssen möglichst viele Menschen dafür werben. Aufmerksam, Interesse erwecken, motivieren und unterstützen ist ebenso wichtig wie die inhaltlichen und organisatorischen Aspekte einer Sache. Die "Aktion Schleswig-Holsteinischer Schulleiterwald" des Schulleiterverbandes wirbt offensiv für einen Beruf, der überaus wichtig ist. Und deshalb habe ich auch gern zugesagt, diese Werbeaktion zu unterstützen. Schulleiterinnen und Schulleiter sind Führungskräfte und übernehmen mit ihrer Aufgabe eine sehr große Verantwortung. Sie sind in den allermeisten Fällen Garanten für eine qualitativ gute, pädagogisch innovative Schule. Es ist richtig, dass wir in den nächsten Jahren mehrere hundert neuer Schulleiterinnen und Schulleiter auswählen und in ihr wichtiges Amt einführen müssen. Das bedeutet aber auch, dass ein großer Erfahrungsschatz unsere Schulen verlässt, der nicht so leicht zu verkräften sein wird. Umso wichtiger, dass es uns gelingt, Kolleginnen und Kollegen für die Tätigkeit der Schulleiterin und des Schulleiters zu gewinnen. Herr Doppke, Ihr Verband hat sich seit seiner Gründung immer für die Stärkung der Schulleiterinnen und Schulleiter eingesetzt. Sie selbst haben deshalb für Schulleitungsmitglieder Fortbildungen angeboten und haben dem IPTS Fortbildungsinhalte vorgeschlagen, die immer noch als ständige Fortbildung in dem Katalog enthalten sind. Ich habe Verständnis dafür, wenn Sie an dieser Stelle die Interessen der Mitglieder Ihres Verbandes zum Ausdruck bringen, die mehr Zeit für die Leitung der Schule fordern. Dass ich Sie und Ihre Anliegen ernst nehme und Verbesserungen für Schulleitungen auf den Weg bringe, können Sie schon daran erkennen, dass es einen neuen Erlass geben wird, der die Arbeitszeit von Schulleiterinnen und Schulleitern gesondert regelt und die Unterrichtsverpflichtung deutlich senkt. Davon profitieren in besonderem Maße die kleineren Schulen. Ich habe auch Ihre Anregung aufgegriffen, alle Schulleiterinnen und Schulleiter unabhängig von der Schulgröße zu Rektoren zu ernennen. Das verbessert noch nicht die Arbeitsbedingungen, aber es verbessert das Ansehen der Leitungsposition. Ich habe die Vertreter des Schulleiterverbandes immer als kritische, aber auch konstruktive Menschen erlebt, die Inhalte transportieren, aber nicht verletzend agieren wollen. Das macht mir die Zusammenarbeit mit Ihnen leicht und angenehm. Ich wünsche mir deshalb, dass wir auch in Zukunft gut zusammenarbeiten und anstehende Probleme besprechen und gemeinsam anpacken. Heute, am Tag des Baumes, sollen die 500 Wildgehölze die Personen symbolisieren, die für diese Leitungsaufgaben benötigt werden. Ein wie ich finde gelungener Vergleich, denn die Wildgehölze benötigen zunächst viel Unterstützung und Begleitung, um anzuwachsen und widerstandsfähig zu werden. Unterstützung und Begleitung benötigen auch Interessenten für Schulleitungsstellen. Unterstützung und Begleitung durch die Ministerin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aber ich hoffe natürlich auch auf die Unterstützung und Begleitung des Schulleiterverbandes. Einen dieser Bäume wollen wir hier auf dem Gelände der Grundschule Wattenbek pflanzen. Er wird die neue Schulleitung, die nach dem Sommerferien hier die Schule übernehmen wird, begleiten. Die übrigen 499 sollen in Bordesholm neben dem bereits existierenden "Hochzeitswald" den "Schleswig-

Holsteinischen Schulleiterwald" bilden. Vielleicht gelingt es uns im Laufe der kommenden Jahre, die Anzahl der Bäume zu verdoppeln, in dem jede neue Schulleiterin, jede neue Schulleiter einen Baum dazupflanzt. Ich wünsche mir, dass wir auch in Zukunft, jeder in seiner Verantwortung, zum Wohle der Kinder und Jugendlichen unseres Landes beitragen. Lassen Sie uns gemeinsam - nicht nur heute - für die verantwortungsvolle Aufgabe der Schulleitung werben.

Stellungnahme des slvsh zur Einrichtung und Wartung von Schulnetzwerken

Nicht zuletzt angestoßen durch die ABI-Förderung drängen derzeit die Computer in alle Schularten des Landes. Untereinander und mit dem Internet vernetzt sollen sie dafür sorgen, dass die Schulen des Landes bei der Nutzung moderner Technologien Schritt halten, die modernen Technologien im Unterricht einsetzen und den Schülerinnen und Schülern den Umgang mit eben diesen Technologien vermitteln können. Diese Entwicklung wird vom slvsh grundsätzlich begrüßt. Aber wie bei vielen Neuerungen in der Vergangenheit wurde auch hier übersehen, dass der massive Einsatz der EDV in den Schulen auf Dauer nicht kostenlos sein kann. Geräte müssen gewartet und evtl. repariert werden, installierte Software muss gepflegt, neue Software muss installiert werden. Dies alles kann nicht von Lehrkräften in ihrer Freizeit erfolgen, denn der erforderliche Zeitaufwand liegt weit über dem, der für die tägliche Unterrichtsvorbereitung vorgesehen ist.

Der slvsh fordert daher:

· die Übernahme sämtlicher Installations- und Wartungskosten mindestens für die (Netz-) Betriebssysteme und Standardsoftware durch die Schulträger zusätzlich zu den bisher zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln.

Lehrkräfte reparieren keine Fotokopierer, Filmprojektoren und Geräte aus den naturwissenschaftlichen Sammlungen. Es ist nicht einzusehen, dass sie dies ausgerechnet bei Computern und Computernetzwerken tun sollen.

· die Minimierung der erforderlichen Betreuung und Wartung durch eine realistische Schulnetzwerkplanung, die an den pädagogischen Erfordernissen der jeweiligen Schule ausgerichtet ist.

Nicht alles, was technisch machbar ist, ist für jede Schule nützlich.

· eine am Bedarf ausgerichtete Zahl von Ermäßigungsstunden für die pädagogische Betreuung der von den Schulträger gewarteten Netzwerke in den Schulen.

Über eine Grundwartung hinaus erfordert jedes Schulnetzwerk eine pädagogische Betreuung. Eine Firma, die ein Schulnetz wartet, benötigt einen Ansprechpartner mit pädagogischem Hintergrund. Unterschiedlichste Software muss gesichtet, ausgewählt und installiert werden. Schulinterne Konzepte für die Rechnernutzung müssen erstellt werden, meist von den Eltern erwartete Kontrollen der Rechnernutzung sollen durchgeführt werden u. v. m. Derzeit verfügen nur wenige Lehrkräfte im Land über entsprechende Kenntnisse. Diese müssen für die geleistete Arbeit zumindest so lange zeitlich entlastet werden, wie diese Aufgaben nicht von allen Lehrkräften in gleichem Maße erfüllt werden können.

· die massive Fortbildung aller Lehrkräfte mit dem Ziel, sie zu einem sicheren Umgang mit dem Medium Computer zu befähigen.

Die Nutzung einer Software auf einer CD im eigenen Unterricht muss mittelfristig jede Lehrkraft allein und ohne fremde Hilfe leisten können.

Forderungen des slvsh für den Gemeinsamen Unterricht (GU) von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen in der Regelschule

Um GU erfolgreich zum Wohle der Kinder durchführen zu können, müssen entsprechende Bedingungen vorhanden sein. Der Schulleiterverband fordert deshalb:

1. Planungssicherheit

Die grundsätzlichen Bedingungen müssen landesweit einheitlich und transparent sein: Je nach definiertem Förderschwerpunkt müssen die Stundenzuweisungen pro Schülerin und Schüler gleich sein. Die derzeitigen Stundenzuweisungen entsprechen vielerorts nicht dem Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler. Auch ist es dringend erforderlich, dem Förderschwerpunkt "emotionale und soziale Entwicklung" durch ausreichende Stundenzuweisung an die Förderzentren endlich Rechnung zu tragen. Die Stundenzuteilung für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe muss höher sein als für Schülerinnen und Schüler der Primarstufe, um den prozentualen Anteil der doppelt besetzten Stunden bzgl. der Gesamtstundenzahl gleich zu halten bzw. so zu erhalten, dass bei wesentlich höherer Stundenzahl und einem größeren Fächerkanon die notwendige Förderung aller Schülerinnen und Schüler im GU gewährleistet ist.

2. Qualitätssicherung

- Ausstattung der Maßnahmen
Im GU ist sicher zu stellen, dass positives Modelllernen stattfinden kann. Deshalb sollte die Klassenfrequenz der Integrationsklassen in der Regel die Zahl 20 nicht überschreiten, wobei die Zahl der Kinder mit besonderem Förderbedarf zu der Zahl der Regelkinder im Verhältnis 1 : 4 (d.h. 80 % Regelschulkinder und 20 % Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf) stehen muss. Entsprechende sächliche und räumliche Voraussetzungen müssen geschaffen werden. Jede Integrationsklasse benötigt genügend Raum, damit unterschiedliche Arbeits und Sozialformen verwirklicht werden können. Raumbeschaffenheit und Ausstattungen mit technischen Geräten müssen auf den individuellen Förderbedarf der Kinder abgestimmt sein. Die durch Bündelung notwendig werdende Beförderung ist vom Schulträger zu gewährleisten. Oben genannte Bedingungen müssen im Koordinationsgespräch vereinbart werden. Veränderungen während des Verlaufs der Integrationsmaßnahme sind mit den Beteiligten einvernehmlich zu regeln.
- Kompetenz der Lehrkräfte
Sinnvolle Integration kann nur im Team stattfinden. Teamfähigkeit und Kompetenzen der Lehrkräfte müssen durch geeignete Fortbildungsangebote weiter entwickelt werden. Prinzipien und Elemente des GU müssen in der Ausbildungs und Prüfungsordnung aller Lehrerstudiengänge verbindlich sein.
- Sicherung der Kontinuität Für den GU in der Regelschule ist durch entsprechende Personen gebundene Lehrerstundenzuweisung in der Regel für mindestens zwei Jahre Planungssicherheit und damit auch Teamsicherheit zu schaffen. Bei längerem Ausfall eines

Teammitglieds müssen ausreichend Stundengebermittel vorgehalten werden.

3. **Ergänzende Maßnahmen**

○ Förderpläne

Die in einigen Schulkreisen in der Erprobungsphase befindlichen Förderpläne werden vom Grundsatz her befürwortet. Bevor die Förderpläne in die landesweite Erprobungsphase gehen, sollte eine ausreichende und einheitliche Information durch die Schulämter für die Förderzentren und Regelschulen gemeinsam erfolgen. Eine Verbindlichkeit kann erst hergestellt werden, nachdem die Ergebnisse eines gründlichen Erfahrungsaustausches in eine endgültige Form eingearbeitet worden sind. Die Förderpläne sind als Instrument kooperativer Beratung zu verstehen.

4. **Folgerungen für die Personalplanung**

In dem zukünftigen Lehrerarbeitszeitmodell müssen die durch den GU notwendigen Teambesprechungen Berücksichtigung finden. Den Schulleitungen, an deren Schulen GU stattfindet, ist zusätzliche Leitungszeit zu gewähren.

**Schule von morgen: Ist die Aufgabenverteilung
zwischen Schulträgern und Land noch zeitgemäß?**
Zur Diskussion

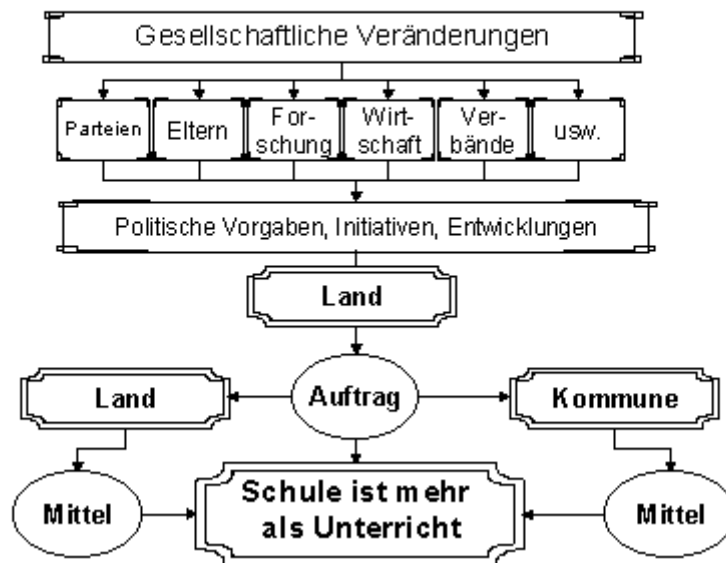
- Michael Doppke -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
am 29.06. hatte ich auf Einladung des Städteverbandes Schleswig - Holstein im Rahmen eines Bürgermeisterseminars die Gelegenheit, einen kurzen Vortrag zu halten. Zum gleichen Thema (s.o.) referierten auch Staatssekretär Dr. Ralf Stegner aus Sicht der Landesregierung und Frau Annegret Bommelmann, Bürgermeisterin der Stadt Kiel, aus Sicht der kommunalen Schulträger. Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie meine Thesen - diese stelle ich hier zur Diskussion. Ich würde mich freuen, wenn eine rege (auch kontroverse) Diskussion entstehen würde und Sie zu einzelnen Aussagen bzw. Themenbereichen oder generell Rückmeldung geben würden. Platz für Ihre Kommentare, Ergänzungen oder Beispiele finden Sie auf jeder Seite.

.... und natürlich im Internet via E-Mail an Diskussion@slvsh.de
(Anmerkung des Webmasters)

[Hinweise und bisher eingegangene Diskussionbeiträge](#)

Aufgabenwandel



Folie: Aufgabenwandel

Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen erwarten von der Schule immer mehr.

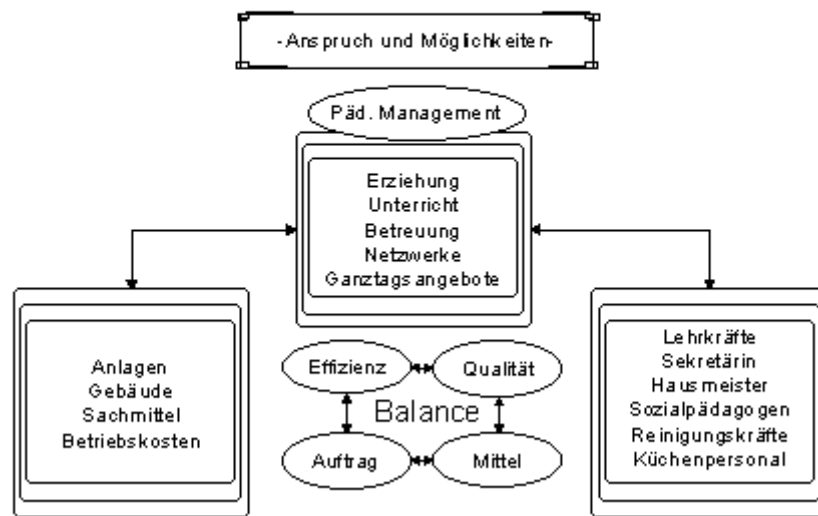
Integration, Fremdsprachenbegegnung in der Grundschule, Berufsorientierung, fächerübergreifende Angebote, IT - Ausbildung, Netzwerke und Qualitätssicherung sind nur eine kleine Auswahl aus dem Spektrum. Keine Schule kann dies alles leisten. Über die Erstellung von Schulprogrammen kann die Schule zwar einiges steuern.

Die nötigen Personal- und Finanzressourcen sind nur selten vorhanden. Weder das Land noch die Kommunen bringen Auftrag und Mittel in Einklang.

Schule ist inzwischen weit mehr als nur Unterricht. Land und Kommunen müssen diesen Aufgabenwandel sehen und gemeinsam Konsequenzen daraus ziehen.

Diskussionsbeiträge an Diskussion@slvsh.de - - - - -bisherige [Diskussionbeiträge](#)

Spannungsfeld Schule



Folie: Spannungsfeld Schule

Die Schule befindet sich in einer misslichen Lage: Ihr werden Aufgaben zugewiesen, die sie ohne entsprechende Mittel nicht erfüllen kann.

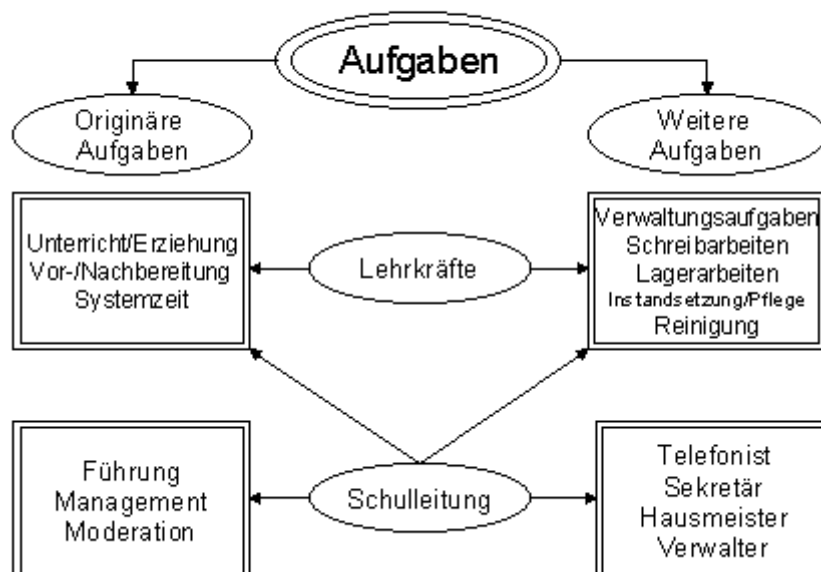
Das pädagogische Management des „Betriebes“ Schule wird dadurch erschwert, dass die Rahmenbedingungen nicht einheitlich verabredet wurden.

Es besteht deshalb oft zumindest Unklarheit über Zuständigkeiten von Land und Kommune und damit verbundene Konsequenzen.

Eine Balance zwischen Auftrag und Mitteln einerseits sowie Effizienz und Qualität der Arbeit andererseits ist nicht gegeben. Diese Balance ist aber notwendige Voraussetzung für ein erfolgreiches Handeln der Schulen.

Diskussionsbeiträge an Diskussion@slvsh.de - - - - -bisherige
[Diskussionsbeiträge](#)

Problemfeld Effizienz



Folie: Problemfeld Effizienz

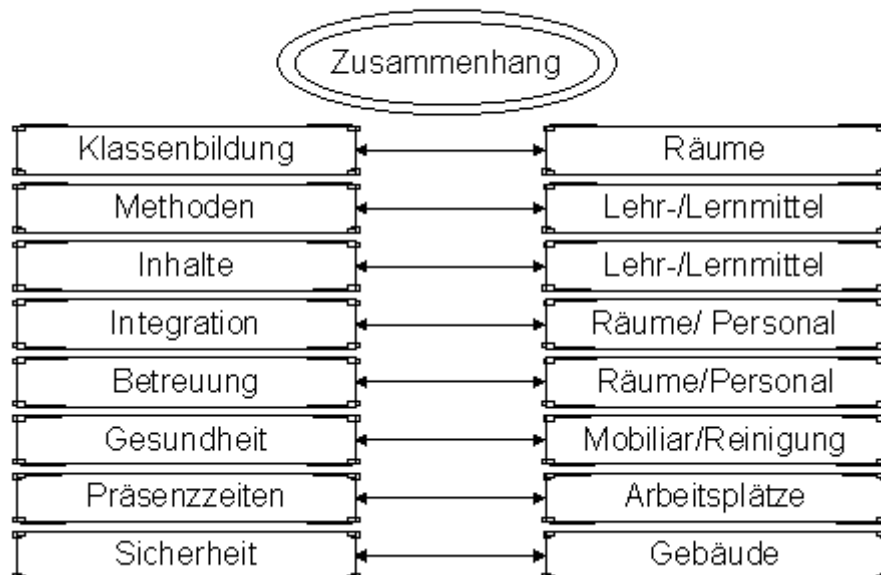
Ein Problemfeld ist der effiziente Einsatz von Personal. Viele Arbeiten in der Schule werden nicht von den "richtigen" Personen wahrgenommen: Die Lehrkräfte, deren eigentliche Aufgaben (für die sie auch ausgebildet wurden) Erziehung und Unterricht sind, plagen sich immer mehr mit Arbeiten herum, die von anderen besser und billiger erledigt werden könnten.

Ebenso kann sich die Schulleitung nicht im nötigen Umfang auf ihre originären Aufgaben konzentrieren. Gerade in kleinen und mittleren Systemen werden ihr u.a. „handwerkliche“ Arbeiten zugemutet, die für sie einen sehr hohen Zeitaufwand erfordern und die Wahrnehmung ihrer eigentlichen Aufgaben zumindest behindern.

Ein Überdenken der Zuordnungen ist aus Effizienz- und Qualitätsgründen zwingend erforderlich!

Diskussionsbeiträge an Diskussion@slvsh.de - - - - -bisherige
[Diskussionsbeiträge](#)

Problemfeld Qualität



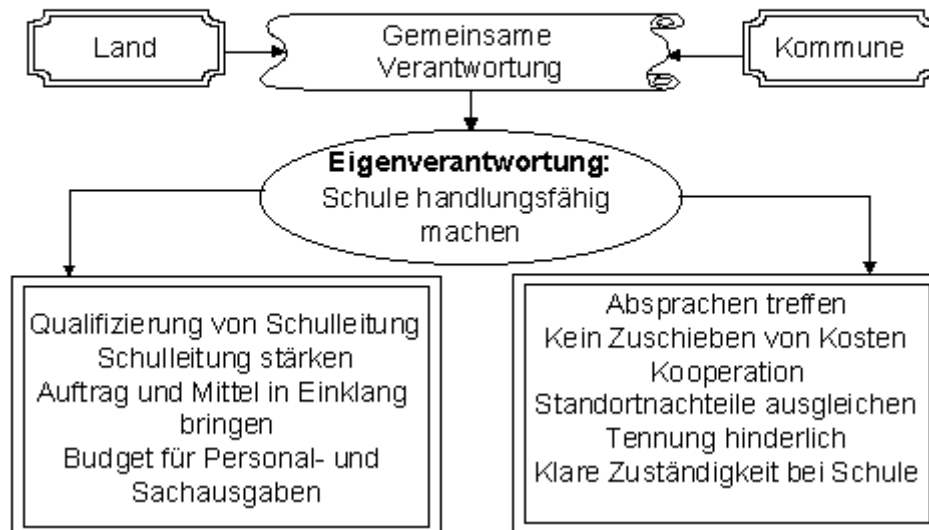
Folie: Problemfeld Qualität

Die Qualität von Schule hängt auch von Gegebenheiten ab, die auf den ersten Blick nicht ersichtlich sind und je nach Interessenlage auch vernachlässigt werden. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten sorgen für Probleme:

- Die Rechtslage des Landes lässt im G/H-Bereich variable Klassenbildungen zu, es besteht aber erst ab einem Klassenteiler von 29 ein Anspruch auf Räume.
- In den Lehrplänen vorgesehene Methoden erfordern bestimmte Sachleistungen, diese sind jedoch „Verhandlungssache“.
- Wenn für Lehrkräfte in den Schulen Präsenzzeiten verlangt werden, müssen entsprechende Arbeitsplätze geschaffen werden.

Im Interesse der Qualität von Schulen besteht hier dringender Abstimmungsbedarf.

Konsequenzen



Folie: Konsequenzen

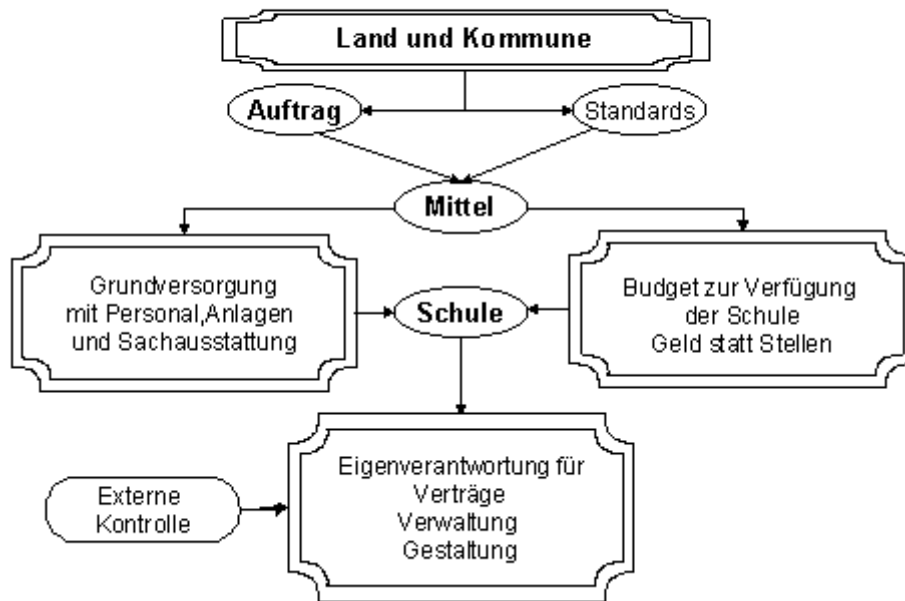
Land und Kommunen müssen sich ihrer gemeinsamen Verantwortung stellen und dem Prinzip der Eigenverantwortung entsprechend die einzelne Schule handlungsfähig machen.

Dazu gehören klare Absprachen zwischen Land und Schulträgern über Auftrag und Mittel. Standortnachteile müssen verhindert bzw. ausgeglichen werden.

Entscheidend ist aber, dass eine qualifizierte Schulleitung mit den zuständigen Gremien der Schule in die Lage versetzt wird, wirklich eigenverantwortlich zu handeln.

Das Schulgesetz bietet schon gute Möglichkeiten, leider werden sie nicht genutzt, weil die nächsten erforderlichen Schritte nicht erfolgt sind.

Vision



Folie: Vision

Wenn Land und Kommunen sich über die Umsetzungsmodalitäten des bildungspolitischen Auftrages geeinigt haben, müssen sie gemeinsam die erforderlichen Mittel bereitstellen, um Mindeststandards sicher zu stellen. Dazu gehört eine Grundversorgung mit Lehrkräften und weiterem Personal sowie der nötigen Mindestausstattung mit Lehr- und Lernmitteln, Räumen, Anlagen, etc. ... (langfristige verlässliche Rahmenbedingungen).

Darüber hinaus benötigt die Schule ein eigenständig zu verwaltendes Budget für weiteres Personal oder weitere Sachausgaben. Die Schule soll dann innerhalb der gesetzlichen Vorgaben ihren Auftrag eigenverantwortlich gestalten.

Dazu braucht sie Vertrauen, eine verstärkte Beratung, aber auch externe Kontrolle.

Diskussionsbeiträge an Diskussion@slvsh.de - - - - -bisherige
[Diskussionbeiträge](#)

Hurra

**- die Arbeit am Schulprogramm lohnt sich doch !
über Entlastung nach Anstrengung**

- Klaus-Ingo Marquardt -

Dieser Bericht soll allen, die noch nicht mit der Arbeit am Schulprogramm begonnen haben, Mut machen und Perspektiven aufzeigen, die sich ergeben, wenn man die Arbeit am Schulprogramm ernsthaft und zielgerichtet betreibt. Das Kollegium meiner Grundschule arbeitet seit Herbst 1999 kontinuierlich am Schulprogramm. Wir holten uns eine Moderatorin, die mit uns zusammen eine Positiv-Negativ-Liste erarbeitete. Als vordringlichstes Problem erschien uns die verbesserungsbedürftige Kommunikation zwischen Schulleitung und Kollegium und die mangelnde Transparenz der Entscheidungen. Um hier sofort Abhilfe zu schaffen, beschlossen wir Pausendienstversammlungen an jedem Mittwoch und einen Runden Tisch alle 2 - 3 Wochen. Schon diese ersten Maßnahmen brachten eine spürbare atmosphärische Verbesserung.

Nachdem wir durch eine liberalere Pausenordnung das Wohlbefinden sowohl der Schüler als auch der aufsichtführenden Lehrkräfte steigern konnten, waren auch diejenigen Lehrkräfte, die der Arbeit am Schulprogramm noch abwartend gegenüber gestanden hatten, davon überzeugt, dass es trotz der zeitmäßigen Mehrbelastung zu einer psychischen Entlastung gekommen war. Diese Einstellung führte dazu, dass immer neue Problemfelder angepackt und innerhalb kürzester Zeit einer allseits akzeptierten Lösung zugeführt werden konnten.

Zur Schulprogrammarbeit gehört die Einbindung der Eltern und der Schüler. Die Eltern veranstalteten für sich einen SCHILF-Tag mit der gleichen Moderatorin. Die dort entwickelte Positiv-Negativ-Liste wurde nach eingehender Beratung im Elternkreis mit unserer Liste abgeglichen. Dabei konnte weitgehende Übereinstimmung festgestellt werden, wobei die positiven Aspekte klar überwogen.

In den Klassen wurden umgehend Klassensprecherinnen und Klassensprecher gewählt, die sich regelmäßig unter der Leitung der Vertrauenslehrerin treffen, um ebenfalls Vorschläge zu den anstehenden Projekten zu machen.

Besonders zu den Feiern, die im Zuge unseres Schulneubaus anfallen, bringen die Schülerinnen und Schüler interessante Gesichtspunkte ein, die nach Möglichkeit alle umgesetzt werden.

Völlig überraschend entwickelten die Eltern innerhalb kürzester Zeit und vom Kollegium fast unbemerkt zahlreiche Aktivitäten in Form von Stammtischen und Arbeitsgruppensitzungen. Die dort erarbeiteten Vorschläge wurden der Steuergruppe aus Lehrern und Eltern zur Beratung und Umsetzung übergeben. Da sich das Kollegium durch die vielen Vorschläge überfordert fühlte, erklärten sich die Eltern sofort bereit, eigenverantwortlich Projekte vorzubereiten und durchzuführen. Als Einstieg wählten wir gemeinsam die Organisation und Durchführung der Bundesjugendspiele. Als nächstes werden das Schulfest und die Faschingsfeier folgen. Schulleitung und Kollegium beschränken sich darauf, rechtliche und pädagogische Vorgaben zu entwickeln, auf deren Grundlage die Eltern dann den organisatorischen Teil abwickeln können.

Durch die Entlastung im organisatorischen Bereich bleibt für die Kolleginnen und Kollegen nun mehr Zeit für die eigentliche unterrichtliche Tätigkeit. Wenn dies langfristig gesichert werden kann, fühlen sich die Lehrkräfte spürbar entlastet und was vielleicht noch viel wichtiger ist: die Eltern bekommen durch die ständigen Kontakte einen Einblick in die vielfältigen Tätigkeiten der Lehrer, was sowohl zu mehr Verständnis für die Lehrerinnen und Lehrer als auch zu einer stärkeren Identifizierung der Eltern mit der Schule führen wird. Weitere (ausführliche) Informationen finden Sie auf unserer [Internetseite](http://www.Wattenbek.de/Grundschule)
www.Wattenbek.de/Grundschule

Fortbildung
"Ermutigung und Beratung in Schule und Ausbildung"
Pädagogik und Beratung Ein Zwei-Jahres-Kurs für
Pädagoginnen und Pädagogen

- Dr. Beate Grabbe -

Die Anforderungen an Schulleitung und Lehrkräfte in der Primarstufe, Sekundarstufe und im sonderpädagogischen Förderzentrum nehmen kontinuierlich zu. Mit der wachsenden Komplexität kindlicher Aufmerksamkeitsstörungen und auffälliger Verhaltensweisen steigt sowohl der Anspruch an die professionelle Kompetenz als auch der Bedarf an schulartübergreifender Kooperation. Daher ist es Ziel dieser Veranstaltung, Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unterschiedlichen Schularten in einem gemeinsamen Kurs für die individualpsychologisch orientierte Arbeit in Schule und Ausbildung zu qualifizieren. Der Kurs vermittelt Theorie und Praxis der Individualpsychologie Alfred Adlers. Er erstreckt sich auf zwei Jahre mit insgesamt 20 Blöcken (1 Block = 12 Stunden à 60 Min., Fr. von 15.30 - 19.30 und Sa. von 9.00 - 13.00 und 15.00 - 19.00). Die

Termine für die Blöcke 11 - 20 werden mit den Teilnehmern abgesprochen. Im Mittelpunkt der ersten Blöcke stehen die Lehre Adlers und die Vermittlung wesentlicher Prinzipien und Methoden ermutigender Pädagogik und Beratung. In den folgenden Blöcken lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich schrittweise in der berufsfeldbezogenen Beratung, stets orientiert am konkreten Fall, zu üben. Dabei geht es sowohl um die Beratung von Kindern, Jugendlichen und Eltern als auch um die kollegiale Beratung und die Beratung von Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärttern. Die hier gemachten Erfahrungen werden in den Teilnehmerkreis eingebracht und dienen der gemeinsamen Betrachtung und Erörterung, Übung und Qualifizierung. Ein breites methodisches Spektrum - Analyse von Verhaltensweisen und Beratungssequenzen, Arbeit mit Videoaufnahmen, Rollenspiele, Gruppen- und Partnerarbeit sowie unterschiedlichste Übungen - kommt zum Einsatz. Auch die Kursdidaktik und ihre Methoden sind, wie die Pädagogik und Beratung selbst, dem Prinzip der Ermutigung als Kern der Individualpsychologie Alfred Adlers verpflichtet. Die Veranstaltung beginnt im Oktober 2001 (siehe Terminüberblick). Die Teilnahmekosten betragen DM 1750,-- pro Person pro Jahr. Der Betrag ist im Voraus zu entrichten.

Der Kurs ist vom IPTS Kiel als Lehrerfortbildungsveranstaltung anerkannt.

Leitung: Dr. Beate Grabbe

Co-Leitung: Helmut Mross

Tagungsort: steht noch nicht fest

1. Termin: Donnerstag, 13. 09. 01, 15.30 - 17.00 Uhr IPTS Kiel-Kronshagen

Anmeldung:

Bitte schriftl. ab sofort an:

Dr. Beate Grabbe Hochallee 115, 2014 Hamburg

Fon/Fax: 040 / 481707

E-mail: B.Grabbe@gmx.de

Themen

- Block 1 (05. / 06. 10. 01): Die Lehre Alfred Adlers: Ermutigung und Lebensstil
- Block 2 (16. / 17. 11. 01): Die Lehre: Einheit der Persönlichkeit und Finalität
- Block 3 (14. / 15. 12. 01): Die Lehre: Gemeinschaftsgefühl und Streben nach Überlegenheit
- Block 4 (11. / 12. 01. 02): Die Lehre: Familienkonstellation und die Bedeutung von Kindheitserinnerungen
- Block 5 (08. / 09. 02. 02): Die Lehre: Das "schwererziehbare Kind" und Formen neurotischer Absicherung
- Block 6 (15. / 16. 03. 02): Einzelgespräche mit Kindern, Teil 1
- Block 7 (26. / 27. 04. 02): Einzelgespräche mit Kindern, Teil 2
- Block 8 (17. / 18. 05. 02): Beratungsgespräche mit Eltern, Teil 1
- Block 9 (14. / 15. 06. 02): Gruppengespräche mit Kindern
- Block 10 (24. / 25. 08. 02): Klassenrat mit Kindern
- Block 11: Einzelgespräche mit Jugendlichen, Teil 1
- Block 12: Einzelgespräche mit Jugendlichen, Teil 2
- Block 13: Beratungsgespräche mit Eltern, Teil 2

Block 14:	Lernberatung von Jugendlichen
Block 15:	Ausbildung: Pädagogik im Unterricht als Inhalt in der Seminararbeit
Block 16:	Beratung in der Ausbildung: Lernbiografie und Lernberatung
Block 17:	Beratung in der Ausbildung: Hospitationsnachbesprechungen, Teil 1
Block 18:	Beratung in der Ausbildung: Hospitationsnachbesprechungen, Teil 2
Block 19:	Kollegiale Beratung (und Supervision) innerhalb des Kollegiums, Teil 1
Block 20:	Kollegiale Beratung (und Supervision) innerhalb des Kollegiums, Teil 2

Von der Vision zur Präsentation **Kurzprotokoll des Grieg-Projektes** **an der (fast) 3-zügigen Grundschule Falkenfeld**

- Magda Sorour -

- Rektorin (im weiteren Verlauf "ich") nimmt im Oktober 1999 an der Fortbildungsveranstaltung "Ibsen-Grieg-Munch" teil - mit dem Untertitel - Norwegische Kultur in den Schulen Schleswig-Holsteins.
- Ich bin begeistert von der Veranstaltung, vor allem von den vielen Materialien, die man bekam, - und auch von Norwegen.
- September 2000: Ich nehme gemeinsam mit einer Kollegin aus meiner Schule an der zweiten Veranstaltung teil. Auch die Kollegin ist begeistert.
- Wir tragen allmählich die Idee eines Norwegen-Projektes in unser Kollegium (gesamt 14 Damen) und "winken" mit unseren vielen informativen Materialien. So werden aufkeimende Widerstände gebrochen. Die Schulkonferenz wird informiert, ein Thema gewählt (Woche nach Pfingsten).
- Ich schreibe in den Weihnachtsferien ein Theaterstück über das Leben von Edvard Grieg, wähle dazu passende norwegische Lieder, das ist mein Beitrag zur Projektwoche mit meinem Schulchor.
- Nach den Weihnachtsferien habe ich unseren Pausengang mit der Plakatserie über Edvard Grieg "dekoriert", ebenso prangt das große Poster mit der geografischen Abbildung Norwegens gegenüber unserer Eingangstür.
- In einer Dienstversammlung werden alle Materialien ausgelegt, jede Kollegin hat die Chance der Themenwahl.
- Ich frage immer mal wieder nach, ob noch Entscheidungshilfen gebraucht werden zur Themensuche.
- Aus meinem Bekanntenkreis "biete" ich eine Dame an, die eine Kollegin unterstützen würde bei der Einstudierung norwegischer Tänze.
- Ich erfahre, dass in Lübeck ein norwegischer Musiker und Komponist lebt, den rufe ich einfach an und frage, ob er uns unterstützen würde. Er sagt "Ja".
- Ich habe nichts dagegen, dass mehrere Klassen das Thema "Trolle" wählen, denn jede hat einen anderen Schwerpunkt. Ich versuche privat, Trollbücher zu besorgen.
- Ich ermutige zu Museumsbesuchen.

- Präsentation am Freitagnachmittag: Eltern und Kinder waren begeistert, zumal wir "noch schnell" eine Kaffeestube anbieten konnten, natürlich mit von Eltern gespendetem Kuchen.
- Die Aktion hat sich gelohnt! Jetzt wissen wir viel über Norwegen! Unser Publikum war begeistert.

Klasse	Thema	Unterrichtsgänge	Ergebnisse
1a	Trolle aus Naturmaterialien	Riesebusch (Wald)	Ausstellung
1b	Steintrolle in Naturmaterialien	Travemünde Strand Riesebusch (Wald)	Präsentation der Bastelarbeiten
2a	Trollbücher selbst gemacht		Ausstellung
2b	Norwegische Tänze		Tänze
2c	Begrüßungslied in norwegischer Sprache Trolltheater aus Papier		Begrüßungslied, einige norwegische Sätze, Präsentation der Bastelarbeiten (Troll-Theater - norwegische Fahnen)
3a	Troll - Puppen		Puppenausstellung
3b	Norwegen Land-Leute-Märchen		Ausstellung der geschriebenen Märchen mit Bildern etc.
3c	Edvard Munch	Behnhaus (Museum für Kunst und Gewerbe der Hansestadt Lübeck)	Bilder und Geschichten
4a	Brauchtum der Wikinger	Bauspielplatz Kücknitz (Thema Wikinger)	Ausstellung in der Klasse
4b	Wale	Naturhistorisches Museum Bücherei	Ausstellung
4c	Der Elch		Ausstellung
Chor	Edvard, ein Junge aus Norwegen		Aufführung

Die letzte...? - Das Letzte

- Klaus Gräbener -

Den nachstehenden Artikel "Von großen Visionen und schulscharfen Ausschreibungen" erhielt die Redaktion der slvsh-information aus Nordrhein-Westfalen übersandt. Der Autor ist Geschäftsführer des Bereiches Berufsbildung in der IHK Siegen. Auch wenn Schleswig-Holstein nicht Nordrhein-Westfalen ist - viel Spaß beim Lesen!

Groß fiel die Vision aus, facettenreich gelang die Beschreibung der Wirklichkeit und zukunftsweisend gestalteten sich die entworfenen Entwicklungslinien, als Ministerpräsident Wolfgang Clement Ende September des vergangenen Jahres "NRW 2000plus" präsentierte. Von Orientierungen für unser Land im 21. Jahrhundert und neuen Leitbildern war die Rede, von partnerschaftlicher Internationalität, rasantem Strukturwandel und dem Ziel, NRW zur modernsten und lebenswertesten Region Europas zu machen.

Und schließlich kreisten die Ausführungen immer wieder um den wichtigsten Produktionsfaktor im 21. Jahrhundert. Nur über das Wissen, war zu lesen, sei der radikale Wandel der Arbeitswelt letztlich zu gestalten. Und dies stelle vor allem die Schulen in Nordrhein-Westfalen vor völlig neue Aufgaben. Hatte die Lektüre von NRW 2000plus ob der differenzierten Beschreibung der Wirklichkeit bis dahin bei mir fassungsloses Staunen ausgelöst, spätestens an diesem Punkt schlug das geweckte Interesse bei dem in der Bildungsszene Tätigen in hemmungslose Begeisterung um. Wurde doch hier beschrieben, dass die Schulen in Nordrhein-Westfalen vor völlig neuen Aufgaben stünden. Sie benötigten eine hohe interne Flexibilität, entsprechende Rahmenbedingungen, damit sie sich auf einen ständigen Reformprozess einlassen könnten. Und dabei sei ein Betrieb wie das Schulsystem mit 140.000 in ihm beschäftigten Personen eben nicht zentral zu steuern. Die Entscheidungen müssten dorthin verlagert werden, wo ihre Konsequenzen spürbar würden. Die Schulen müssten selbständig handeln und entscheiden können und damit auch mehr Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit übernehmen. Insbesondere gelte dies für das Personal und das Budget. Der Fachmann staunte, der Laie wunderte sich. Offenbar war der Ministerpräsident gewillt, auch in diesem Sektor die Themen Verwaltungsvereinfachung und Dezentralisierung anzugehen. Ein wichtiges Thema, schließlich wiegt die Sammlung der amtlichen Schulvorschriften in Nordrhein-Westfalen mittlerweile in gebundener Form fast drei Pfund und umfasst nahezu 1.200 eng beschriebene Seiten. Man konnte gar nicht anders als zuzustimmen. Dem Primat der Politik wird wieder Geltung verschafft, dachte ich. Endlich politische Markierungen im schulpolitischen Dickicht der Bürokratie. Hoffnung keimte auf! Nordrhein-Westfalen - ein starkes Stück Deutschland!

Welche Perspektiven auch für die Region! "Deshalb wollen wir das Dienstrecht und die Mitwirkungsrechte so weiter entwickeln, dass in den Schulen möglichst viel eigenverantwortlich entschieden werden kann", hatte der Ministerpräsident formuliert. Welch eine fulminante Perspektive für die Schulen. Stärkere Autonomie in Personalfragen. Am Ende würden die Schulen eigenständig entscheiden können, welches Personal sie einstellen und wie sie es finanzieren.

Leistungsorientierung. Motivation. Endlich auch für die Schulen in unserer Region die Möglichkeit, mehr zu zahlen, wenn die Leistung stimmt. Diejenigen einzustellen, die passen, statt auf solche setzen zu müssen, die einem zugewiesen werden. Und als ich dann noch hörte, dass das Land mittlerweile im Schulbereich neben den landesweiten sogenannte schulscharfe Ausschreibungsverfahren durchführt, kannte meine Begeisterung keine Grenzen mehr. Endlich keine Detailregelungen mehr für die Schulen, sondern autonome Entscheidungen für die Schulleitungen, in finanzieller, inhaltlicher, arbeitsorganisatorischer und dienstrechtlicher Hinsicht. Welch eine Perspektive!

Schulscharfe Ausschreibungen! Also machte man wirklich Ernst. Und dann folgten der politischen Perspektive die administrativen Durchführungsbestimmungen. Zu finden im amtlichen Schulblatt Nr. 24/99, Seiten 185 - 202. Hier konnte man auf insgesamt 18 (!) eng beschriebenen Seiten lesen, wie die Flexibilität der Schulen verfahrensmäßig "eingetütet" wird. Verfasst offenbar vom Einstellungsbüro der Bezirksregierung Arnsberg. Das bürgt für Qualität, dachte ich. Und mein Herz schlug höher. Ich freute mich auf eine anregende Lektüre. Regelrecht wohlwollend nahm ich zunächst auf, dass die Ausschreibungstexte sogar im Internet veröffentlicht sind. Moderner als manches Unternehmen bei der Einstellung, dachte ich. Die Zukunft hat in der Schule begonnen.

Nachdenklich stimmte mich dann aber, dass die Bewerbungen bei der Bezirksregierung einzureichen seien. Daher also der Terminus "Einstellungsbüro", der mich schon in der Überschrift leicht irritierte. Warum dort, wenn es doch um

Schulschärfe ging? Warum in Arnsberg einreichen, wenn man doch an eine Schule in Berleburg will? Leichte Unsicherheit überkam mich.

In 8 Spiegelstrichen war sodann detailliert beschrieben, welche Unterlagen bei welchen Bewerbungsverfahren beizufügen sind. Fast zärtlich mutete der Hinweis an, dass keine Originale eingereicht werden sollten, da die Bewerbungsunterlagen verschiedenen Auswahlkommissionen innerhalb der Bezirksregierung zuzuleiten seien. Wähnte man hier ein Bermuda-Dreieck? Wie anders war zu verstehen, dass die Unterlagen nach Verfahrensschluss auch nicht zurückgesandt, sondern ordnungsgemäß vernichtet würden. Schließlich fett gedruckt: Verzichteten Sie daher aus Kostengründen auf die Einreichung von beglaubigten Unterlagen, Lichtbildern, Bewerbungsmappen und Plastikheftern." Welcher Ausfluss an Fürsorgepflicht! Klar, dass auch geregelt werden musste, was passiert, wenn sich ein Lehrer in unterschiedlichen Regierungsbezirken schulscharf bewirbt. Deutlich die administrative Konsequenz: "Wenn Sie ein Angebot in diesem Verfahren erhalten haben, scheiden Sie automatisch sowohl aus allen weiteren Schritten dieses Verfahrens als auch aus den übrigen Einstellungsverfahren zum gleichen Einstellungstermin nach den Vorgaben des Auswählerlasses aus." Noch Fragen? Für diesen Fall empfiehlt sich der Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 11.09.1997. Dort sind die Grundsätze des Einstellungsverfahrens noch etwas detaillierter beschrieben: Die Schule übersendet zunächst nach Beteiligung der Schulkonferenz (vgl. § 5 Abs. 2 Nr. 17 SchMG-BASS 1-3) den zu begründenden Vorschlag auf Ausschreibung einer Einstellungsmöglichkeit über das Schulamt als untere Staatliche Schulaufsichtsbehörde an die Bezirksregierung. In den Ausschreibungstext ist ein Anforderungsprofil aufzunehmen. Die Bezirksregierung prüft den Vorschlag der Schule, ändert ggf., muss diese Änderung dann mit der Schulleitung abstimmen und "veranlasst" schließlich - nach Beteiligung der zuständigen Personalvertretung versteht sich - die Ausschreibung.

Parallel hierzu zeigt die Schule der Bezirksregierung die Zusammensetzung ihrer Auswahlkommission an. Minutiös wird jetzt festgelegt, wer ihr angehören darf. Der Schulleiter, eine weitere von der Konferenz gewählte Lehrkraft, ein von der Schulkonferenz aus ihrer Mitte gewähltes volljähriges Mitglied, ein Schulaufsichtsbeamter der Bezirksregierung und schließlich - man höre und staune - die zuständige Gleichstellungsbeauftragte oder - bei Grund-, Haupt- und Sonderschulen - die oder der Gleichstellungsbeauftragte des Schulamtes für den Bereich der Lehrkräfte oder eine von der Lehrerkonferenz gewählte Lehrkraft der Schule, die mit Fragen der Gleichstellung vertraut ist. Allerdings ist deren Teilnahme freigestellt. Beratend können zudem Mitglieder des Personalsrates und Schulpflegschaftsvorsitzende hinzugezogen werden, allerdings nur in bestimmten Sonderfällen.

Im besten Fall also 7 Personen, die dem Delinquenten gegenüber sitzen. Wäre die Entscheidung nicht noch besser zu treffen, wenn auch die Vertreter der Kirchen, die Ausländer-Beiräte, die Verbände, Kammern, Gewerkschaften, die Schülervvertretung und die Beauftragten für die Agenda 21 mit am Tisch säßen? Vermutlich. Doch dann würde der Kreis vielleicht doch zu groß. Die Experten bei der Bezirksregierung hatten wohl überlegt gehandelt, nur 7 Personen auszuwählen. Sie hatten nichts dem Zufall überlassen, dachte ich beruhigt. Schließlich sollte ja auch eine autonome dezentrale Entscheidung getroffen werden. Wie das Auswahlgespräch vorzubereiten ist, war demgegenüber allerdings eindeutig definiert. Zunächst hat die Bezirksregierung die rechtsförmlich gültigen Bewerbungen zu kennzeichnen. Sie leitet, nach Ordnungsgruppen sortiert, alle eingegangenen Bewerbungsunterlagen an die Auswahlkommission weiter. Die Kommission lädt schließlich geeignet erscheinende Lehrkräfte zu Auswahlgesprächen ein. Dies ist allerdings mit der Bezirksregierung abzustimmen. Doch halt! In welcher Form, wurde nicht gesagt. Da war sie also, die erste Regelungslücke. Hatte man es bewusst unterlassen, diese Frage zu regeln? Was könnte die übergeordneten Stellen wohl dazu veranlasst haben, gerade hier nicht für andere gedacht und geregelt zu haben? Hatten sie vielleicht "NRW 2000plus" gelesen und in einem Akt vorausseilenden Gehorsams ein kleines Spielfeld für die Ausfüllung teilautonomen Gedankenguts gelassen, um gegenüber dem Ministerpräsidenten den Beweis antreten zu können, seinen politischen Vorgaben hinreichende Beachtung geschenkt zu haben?

Ach ja, fast wäre es untergegangen: Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung sind Frauen - mindestens im Verhältnis ihres Anteils an diesen Bewerbungen - in die Auswahl einzubeziehen, allerdings nur dann, sofern bei der Auswahlentscheidung die Bestimmung des § 8 Abs. 4 LBG Anwendung findet. Doch wie viel Frauen lädt der Schulleiter ein, wenn von 11 Bewerbern drei von Frauen sind? Wird auf- oder abgerundet?

In Gedanken noch mit dieser Frage beschäftigt las ich, dass grundsätzlich Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von 50 und mehr Prozent und ihnen gleichgestellte Personen (hierzu ist die Lektüre von § 2 des Schwerbehindertengesetzes erforderlich, um die notwendigen Entscheidungen treffen zu können) zu den Auswahlgesprächen einzuladen sind, wenn sie die Einstellungsbedingungen erfüllen.

Wenn nun von den 11 Personen drei Frauen sind, eine davon schwerbehindert, wie errechnet dann der Schulleiter die Quote. Fragen über Fragen. Und keine Antworten. Lag hierin der regionale Entscheidungsspielraum? Oder gab es weitere Durchführungsbestimmungen, die sich meiner Kenntnis entzogen.

Berechnungsbeispiele wären an dieser Stelle sinnvoll, dachte ich. Als Handlungsanleitung für den Schulleiter und die 6 anderen in dem Gremium. Doch hier ließ man sie allein, allein im Kampf um die Paragraphen.

Statt aber konkrete Beispiele für die Quotenberechnungen beizufügen, hatten sich die überregional tätigen ErlassFormulierer neue Unbill ausgedacht: eindeutige Regelungen, wie das Auswahlgespräch zu führen ist, welche Stellen für die Einstellungsangebote zuständig sind und vor allem anderen: wie die Bewerbungen einzureichen sind. Wer nämlich am landesweiten Auswahlverfahren teilnehmen will, darf seine Bewerbung nur auf Vordruck LID 110 einreichen. Der Bewerber sollte unbedingt die Anleitung zum Ausfüllen des Belegs LID 110 beachten. Hier wird ihm nahegelegt, dass er, für den Fall, dass er schon Kinder hat, diese nach dem Schrägstrich unter Unterziffer 08 einzutragen habe. Jedoch nur unter Hinzufügung der Heirats- und Geburtsurkunden, die in Ablichtung beizufügen sind. Was aber, wenn der Bewerber zwar Kinder hat, aber nicht verheiratet ist? Fragen, nichts als Fragen. Hatte man auch hier die Regelung bewusst unterlassen? Stellte dies gar einen Affront gegen Alleinerziehende dar, der politisch motiviert war? Beruhigend wirkte daher auf mich der Hinweis, dass sogar zwei Telefonanschlüsse sowie eine Telefaxnummer auf dem Formular eingetragen werden dürften. Handy auch? Hier wurde ich unsicher.

Wie gut, dass aber die Verwendung der möglichen Abkürzungen eindeutig geregelt ist: SO für Sonderschule, B für Berufskolleg, KL steht nur für Kolleg und AG für Abendgymnasium. Das hilft doch wirklich weiter. Und ein Glück, dass am Ende auf der 18. Richtlinien-Seite eine Checkliste sogar noch die Reihenfolge der beizufügenden Bewerbungsunterlagen vorschrieb. Das alles reduziert zwar Kreativität, schafft jedoch Ordnung. Und das ist doch gut so.

Auf Seite 202 angekommen, fiel mir unser Ministerpräsident wieder ein. NRW 2000plus. Das eine war seine Vision, das andere die bittere Umsetzungswahrheit in unseren Schulen. Kreativität benötigt Luft zum Atmen, aber keine administrativen Fesseln wie bei schulscharfen Ausschreibungen. Sie belegen, wie Bürokratie sich selbst überlebt, sie beschreiben, dass man eben auch in der Schule der Zukunft nichts dem Zufall überlassen will. Es ändert sich nichts, auch wenn es noch so wohlfeil politisch verkündet wird. Für wirkliche Änderungen ist offenbar der Leidensdruck immer noch nicht groß genug. Eigentlich ein demotivierender Befund, wo mich doch NRW2000 plus so beflügelt hatte.

Das A L L E R L E T Z T E !

- Walter Rossow -

Wer aufmerksam -wie auch sonst - die Pressemitteilung des Ministeriums (siehe Seite 9) vom 14. Mai 2001 gelesen hat, kann doch wahrlich Probleme mit seiner Wahrnehmung bekommen. Da lobt Frau Ministerin Erdsiek-Rave die Schulen, die am Ende der neunten Klasse de facto schon Abschlussprüfungen durchführen. Als nächstes erklärt sie, dass sie allerdings nicht beabsichtige, "offizielle Abschlussprüfungen für die Hauptschule von oben einzuführen."

Direkt danach aber fordert sie "alle Hauptschulen im Lande auf, in den nächsten beiden Jahren den Abschluss des 9. Schuljahres neu zu gestalten." Hatte man nach der ersten Aussage gehofft, dass sich endlich etwas bewegen würde im Bereich der Hauptschule - und zwar nach vorn -, so holte einen der nächste Satz gleich wieder in die Realität zurück - dass sich nämlich im Bereich der Hauptschule außer **Lippen**(bekenntnissen) nichts bewegt! Dazu passt dann auch die nachfolgende Aufforderung hervorragend - frei nach dem Motto: Tut mal was, aber verlangt nicht von uns, dass wir was tun oder gar entscheiden!

Die Krone setzt dem Ganzen dann die Ankündigung "neuer" Abschlusszeugnisformulare auf. Da wird dann die ganze Kreativität und Entschlossenheit sichtbar, die zuvor so ausgezeichnet versteckt worden war.